

ZU DEN ZIELEN DER US- STRATEGIE: EROBERUNG DER ÖLRENTE DES NAHEN OSTENS

Dieter Lohaus

Der Autor legt hier eine der gründlichsten Analysen zum Thema „Internationaler Ölmarkt“ vor, die es ermöglicht, die Hintergründe der Globalstrategie auf ihren ökonomischen Kern hin zu verstehen. Dass es nicht schlechthin um das Öl geht, sondern um die Kontrolle über seinen Preis und die Fördermengen dieses strategischen Rohstoffs wird anschaulich und nachvollziehbar erklärt, ebenso wie die objektive Interessenlage anderer am Konflikt beteiligter Mächte.

Dieter Lohaus ist Redakteur der Zweiwochenzeitschrift
Marxistische Blätter.

Mit den offensichtlichen und zunehmenden Kriegsvorbereitungen der US-Regierung gegen den Irak, militärisch materiell, diplomatisch und propagandistisch, wird für viele Beobachter auch in der Linken immer klarer, dass es bei diesem angekündigten Krieg vor allem um das Öl des Irak geht. Gleichwohl wird auch weiterhin von den enormen Ölreserven um das Kaspische Meer und von der geostrategischen Bedeutung dieser Region gesprochen. Allenfalls wird noch das Öl des Iran als weiteres Ziel nach dem Irak erwähnt. Dagegen bleibt weiterhin die größte Ölreserve der Welt in Saudi Arabien, das über vermutlich 30% der Weltreserven verfügt, außerhalb des Blickfeldes der Debatte in der BRD, während in den USA ganz offen darüber spekuliert wird, ob, wann und wie auch Saudi Arabien von seinem „belastenden“ Ölreichtum „befreit“ werden kann. Entsprechend ist auch in der linken, ökonomisch fundiert erscheinenden Debatte weiterhin davon die Rede, dass das Hauptziel der US-Regierung die längerfristige Sicherung der Ölversorgung der USA und damit vor allem auch eine Garantie eines niedrigen Preises für den „American way of life“ sei. Als imperialistisches Highlight wird noch die Möglichkeit der künftigen Erpressung der Alliierten und Konkurrenten in Europa und Japan mit dem „Ölhahn“ angefügt.

Tatsächlich ist in den Ländern um den persischen Golf insgesamt so viel Öl und Profit aus der Rente dieses Rohstoffs zu holen, wie sonst nirgends in der Welt. Das erzeugt bei den stärksten Ölkonzernen der Welt (Exxon, Chevron-Texaco, BP-AMOCO und Royal Dutch/Shell) ganz notwendigerweise Interessen und scharfe Gelüste nach Umverteilung – und ruft den Auftrag an die Politik und die Regierung der USA als stärkster imperialistischer Macht der Welt hervor, diese Umverteilung militärisch durchzusetzen. Die erste Voraussetzung war die Wahl eines entsprechend orientierten Präsidenten in den USA. Mit viel finanzieller und anderer Hilfe war dies 2000 gelungen. Die Anschläge vom 11. September 2001 gaben dann den richtigen propagandistischen und militärischen Einstieg, auch wenn praktisch erst der Umweg über den islamistischen Terror und Afghanistan gewählt werden musste.

Aber vom Terror und Afghanistan bis zu Saddam und dem Irak war der Weg dann doch kürzer, als es vorher erschien. Wie genau die Umverteilung erfolgen wird, beginnend mit dem Öl des Irak, mag im Einzelnen z. Zt. noch unklar sein. Dabei werden vermutlich auch Entschädigungszahlungen (Reparationen, „indemnity“) neben anderen Formen der Aneignung durch die vermutlichen Sieger eine Rolle spielen - wie in der Vergangenheit schon öfter (China/ Irak/ Libyen). Dies wird sich nach dem Ende des US-Krieges gegen den Irak zeigen.

I. ZUM WERT DES ÖLS AM PERSISCHEN GOLF

Die interessierten Kreise in Großbritannien und den USA, die Konzerne, die Fachleute, die Regierungen und die Journalisten haben eine recht genaue Vorstellung davon, wie die Erdölreserven der Welt verteilt sind. So ist z.B. in der *Financial Times* mit Bezug auf Saudi-Arabien zu lesen:

„Saudi-Arabien ist der alleinige Eigentümer von einem Viertel der nachgewiesenen Erdölreserven der Welt, ‘und wahrscheinlich von mehr als 30 Prozent’, nach dem US-Analysten Anthony Cordesman, dem Leiter des Zentrums für Strategische und Internationale Studien an der Georgetown Universität, Washington, und Berater des Pentagon und des Außenministeriums. Und damit US-Politiker sich nicht einbilden, sie könnten sich vom Öl Saudi-Arabiens und der Golfregion freimachen, zitiert Cordesman das Energie-Informations-Büro der US-Regierung. Die Abhängigkeit der USA von importiertem Öl, schreibt er in einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung, wird zwischen dem gegenwärtigen Zeitpunkt und dem Jahr 2020 stark ansteigen, weit über das hinaus, was alternative Quellen, sei es Russland oder die Region um das Kaspische Meer, jemals liefern können.“

(Robin Allen, Gulf between friends, in *FT* vom 9./10. Nov. 2002)

Die Welt verbraucht zur Zeit knapp 80 Mio. Barrel (Fass = 159 l) Erdöl pro Tag. Zwei Drittel aller Reserven liegen in den Golfländern Saudi-Arabien, Irak, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Iran u.a. Der Preis pro Barrel liegt um die 25 US-\$. Er wird über die Steuerung der auf den Markt gelangenden Ölmenge gebildet. Daher ist die Koordinierung des Produktionsvolumens der entscheidende Hebel für die Preisbildung. Vor allem die OPEC, eine Vereinigung der wichtigsten ölproduzierenden Länder der Welt, reguliert mit ihren Produktionsquoten, in Absprache mit den westlichen Ölkonzernen, das Angebot auf dem weltweiten Ölmarkt derart, dass der derzeit angestrebte Preiskorridor von 22-28 US-\$ pro Barrel erreicht wird.

Die Reserven der übrigen Produzenten sind absehbar endlich. Der Zeitpunkt ist nicht fern, zu dem die Förderung der Nicht-OPEC-Länder rückläufig sein wird. Dann wird diejenige Macht den Ölpreis bestimmen, die die Verfügungsgewalt über das Öl aus der Region des persischen Golfs hat - sehr viel entscheidender als heute.

Ein Rentenvolumen von über 10 Billionen (10.000.000.000.000) US-\$ wäre insgesamt zu realisieren, wenn die gesichert nachgewiesenen Ölreserven des Nahen Ostens gefördert und zum Preis von 25 US-\$ pro Barrel veräußert würden. (Es handelt sich bei diesem Rentenvolumen um eine Wertmenge, die sich als Differenz von Verkaufspreis und Förderkosten ergibt und aufgrund von Umverteilungsprozessen des weltweiten Wertproduktes bei den Ölvorkäufern als Profit erscheint: Entweder bei den Eigentümern der Förderrechte als Renteneinkommen oder auch bei den Ölkonzernen als Gewinn, wenn sie im Fördergeschäft (upstream) tätig sind und wenn sie dazu günstige Förderlizenzen erworben oder militärisch erobert haben). Wegen der in den nächsten Jahrzehnten zunehmenden Verknappung wird der Ölpreis fast unvermeidlich steigen. Mit jeder durchschnittlichen Erhöhung um 1 US-\$ steigt auch das Gesamtvolumen der zu gewinnenden Rente von etwa 10 Billionen um eine weitere halbe Billion (500 Milliarden \$).

Die USA bauen in diesen Wochen eine gewaltige Militärmacht in der Region auf, um mit der Eroberung des irakischen Erdöls zu

beginnen – der ersten Phase der Eroberung des Erdöls des persischen Golfes. Die Preissumme der nachgewiesenen irakischen Ölreserven beträgt etwa 2-3 Billionen US-\$ (entsprechend wie oben gerechnet). Die Aneignung eines möglichst hohen Anteils an diesem Wert durch das US-Kapital ist das unmittelbare ökonomische Ziel des US-Krieges gegen den Irak.

Die Profitaussichten der westlichen Ölkonzerne sind vor allem von der eigenen Ölförderung abhängig, weniger von der Weiterverarbeitung. Die ihnen bisher durch Lizenzen u.ä. ökonomisch verfügbaren ergiebigen Lagerstätten werden sich in den nächsten zwei Dekaden zunehmend erschöpfen. Für dieses Problem versucht die Kolumnistin der *Financial Times*, Amity Shlaes, mit dem Artikel «Aus dem Gleichgewicht gebracht durch einen Reichtum an Öl und Diamanten» eine Antwort zu geben. Sie versucht Wege aufzuzeigen, wie die westlichen Ölmultis an die Naturressourcen der arabischen Länder herangeführt werden können.

(Vgl. Amity Shlaes, *Unbalanced by a wealth of oil and diamonds*, *FT*, 20. November 2001). In ihrem Beitrag nennt sie außer dem Islam „einen weiteren Grund ... für die Instabilität im Nahen Osten: den Reichtum dieser Länder an Rohstoffen (an Ölvorkommen)“: „Ohne die Existenz von staatseigenem Öl hätte Osama bin Ladens Familie größere Schwierigkeiten gehabt reich zu werden, und er hätte nicht al-Qaida finanzieren können. Ohne staats-eigenes Öl könnte das iranische Regime nicht den radikalen Islam aufziehen und die Ölscheichs hätten wenig Macht.“

„Man kann sogar sagen, dass die natürlichen Ressourcen der Fluch der weniger entwickelten Welt sind, weil sie die Entwicklung von Demokratie und Wohlstand behindern.“ „Die Herren der Rohstoffe bilden Kartelle wie die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) in der Absicht, den Preis hochzuhalten. Im eigenen Land nationalisieren sie ihren Reichtum. (Es ist bezeichnend, dass die Beschreibungen der einzelnen Länder auf der Webseite der OPEC für alle Länder

eine bestimmte Kategorie aufweisen: Nationale Ölgesellschaft.) Sie unterdrücken ihre Untertanen, verweigern ihnen Freiheit, gute Schulen, die Möglichkeit zu exportieren – alles, was sie in die Lage versetzt, konkurrierenden Reichtum zu entwickeln... Untertanen in Saudi Arabien oder die Jugend im Iran haben nur geringe Hoffnung, zu Lebzeiten große materielle Reichtümer anzusammeln... Mr. bin Ladens strategischer Plan mag sehr wohl darin bestehen, die saudischen Scheichs zu stürzen und die Kontrolle über den größten Rohstoff-Preis (=Hauptgewinn) überhaupt zu erlangen, die saudischen Ölreserven.“

Bei Shlaes findet sich also schon eine Beschreibung des politischen Problems der Umsetzung des imperialistischen Interesses am Öl, ohne jedoch die politisch-militärische Lösung explizit auszusprechen.

Die folgerichtige Ergänzung wird dafür an anderer Stelle geliefert: von Maureen Dowd, die Ende August 2002 in der *New York Times* unter der Überschrift: Let's make war! schreibt:

„Cheney möchte in den Irak einmarschieren, solange wir über ein strategisches Fenster zum Handeln verfügen, während Saddams Armee noch am Taumeln ist. Aber die Saudis anzugreifen wäre sogar noch einfacher. Sie sind verweichlicht und verwöhnt. ... Eine Invasion in Saudi-Arabien würde der Panama-Invasion während der Amtszeit von Bush I ähneln. ... Sobald wir Saudi-Arabien in unsere Selbstbedienungstankstelle (für Benzin) verwandelt haben, werden seine Nachbarn den Demokratie-Virus bekommen.“

(Maureen Dowd, Let's Make war! Cheney puts the case uncannily well, *The New York Times*, zitiert nach *International Herald Tribune* vom 29. August 2002)

Nimmt man die Äußerungen von Shlaes und Dowd zusammen, so tritt der Kern der gegenwärtigen außen- und sicherheitspolitischen US-Strategie zu Tage:

Den OPEC-Staaten der Golfregion das Öl wegnehmen, um den Ölpreis monopolistisch zu regulieren und hoch zu halten, damit sich die amerikanischen Ölkonzerne die Ölrente aneignen können. Das soll mit militärischen Mitteln vollzogen und unter Bezugnahme auf Terrorismus (hier: al Qaida), Demokratie und Menschenrechte gerechtfertigt werden.

Autoaufkleber, die derzeit häufig auf amerikanischen Straßen zu sehen sind, drücken das noch prägnanter aus: *Kick their Ass – Steal their Gas.* (Gebt ihnen einen Tritt in den Arsch - klaut ihnen das Öl.), (*FT Reporters, Antiwar movement finds few followers, Financial Times, 18. November 2002*)

In diesen Tagen schrieb Robin Allen in der *FT* über den Zusammenhang zwischen der Menschenrechtsfrage und den Ölinteressen der westlichen Staaten:

„Nach Ansicht von US-Analysten steht heute das Verhalten des Königreiches (Saudi-Arabien) in der Frage der Menschenrechte ganz oben auf der Agenda des US-Kongresses, und wird wahrscheinlich auch dort bleiben. Es spiele keine Rolle, sagen die Saudis, wenn Menschenrechtsfragen die Obsession des Britischen Unterhauses oder der Französischen Nationalversammlung seien. Diese Länder, so sagen die Saudis, haben nicht mehr Macht als Syrien. Aber die USA sind eine Supermacht. Was sie sagen und tun, ist wichtig.“ Und er führt noch die Meinung eines Beamten des britischen Außenministeriums an, der sich zu dieser Frage so geäußert habe: „Wenn Saudi-Arabien Erdnüsse statt Erdöl hervorbringen würde, würden weder wir noch die USA sich die Haare raufen wegen ihres abscheulichen Benehmens gegenüber Ausländern im allgemeinen und westlichen Ausländern im besonderen, und auch nicht wegen ihres Menschenrechtssündenregisters.“

(Robin Allen, a.a.O.)

II. WARUM NICHT BEREITS 1991?

Bei der geschilderten Lage und den beteiligten Interessen, stellt sich die Frage, warum die amerikanische Seite nicht bereits früher mit der Eroberung des Irakischen Öls begonnen hat? Wenn die Erdölvorkommen in der Golfregion heute das mit Abstand größte Wertvolumen darstellen, das mit den verfügbaren militärischen Mitteln der USA angegriffen und das mit überschaubarem Risiko erobert werden kann, warum wurde die Situation der Niederlage des Irak im Golfkrieg 1991 von den USA nicht genutzt, um Bagdad zu erobern, Saddam zu stürzen, ein Marionettenregime zu etablieren und von diesem die Öllizenzen geschenkt zu bekommen?

Das lässt sich durchaus verstehen wenn, man die Umstände am Ende des Golfkrieges in 91 ins Auge fasst.

Zwar wäre die militärische Macht der USA schon damals ausreichend gewesen, um im Irak die angedeuteten weitergehenden Kriegsziele zu erreichen, aber ordnungspolitisch und geopolitisch gab es noch offene Probleme. Die Systemfrage war in Russland noch nicht vollständig geklärt. Zwar war die Niederlage der Sowjetunion schon eingetreten, jedoch war der Prozess der Abtrennung der Ukraine und Weißrusslands, der baltischen, kaukasischen und mittelasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken noch nicht abgeschlossen. Die Konterrevolution hatte sich noch nicht endgültig konsolidiert, die nachsowjetische Ordnung war noch im Prozess des Entstehens. Würde es den USA gelingen, die aus den Auflösungsprozessen hervorgehenden staatlichen Gebilde nachhaltig machtpolitisch zu neutralisieren, bzw. ihren Aktionsradius nach Süden entscheidend einzuengen, so dass von dieser Seite dem amerikanischen Projekt der Neokolonisierung keine Gefahr erwachsen könnte? Zu diesem Zeitpunkt musste das noch ungewiss bleiben.

Sicher spielte auch die nicht unberechtigte Angst vor einem Auseinanderbrechen der Koalition eine Rolle.

Außerdem war man noch nicht auf den Bodenkrieg vorbereitet. Möglicherweise gab es logistische Probleme, die zu diesem Zeit-

punkt ebenfalls gegen eine Ausweitung des Krieges und seiner Ziele sprachen.

Es gab auch immer noch ein Nachwirken des Vietnam-Syndroms. (Dies wurde in der Folge von unzähligen Hollywoodproduktionen bearbeitet. So erhielt z.B. der Filmregisseur Spielberg die höchste Auszeichnung des Pentagon für Nichtmilitärs für seine filmischen Beiträge, die die amerikanische männliche Jugend für das Kriegsspiel zu begeistern versuchen: z.B. der Kinofilm „Der Soldat Ryan“. Die unsägliche Produktion „Three Kings“ mit dem Hauptdarsteller George Clooney, die explizit den US-Bodenkrieg gegen den Irak propagiert, gehört ebenfalls in diese Rubrik.)

Auch hatte die US-Regierung berechtigte Angst vor einem Auseinanderbrechen des Irak. Zum einen gab es Befürchtungen, dass die Kurden im Norden sowie die Shiiten im Süden des Landes sich staatlich organisieren könnten, zum anderen, dass die Türkei im Norden, der Iran im Süden (und evtl. im Nordosten) des heutigen Irak über solche politischen Gebilde Einfluss gewinnen könnten. Aufgrund einer Aufspaltung des Irak hätte also zunächst der Zugriff der US-Firmen auf das **ganze Öl des Irak** auf später vertagt werden müssen und wäre dadurch eventuell gefährdet worden. **Die US-Firmen wollten und wollen das ganze irakische Öl für sich.** Am Ende des Golfkrieges erreichte man dies besser durch das Festhalten an Saddam. Damit konnte man die territoriale Einheit des Landes erhalten und mit Hilfe des Embargo-Regimes die Förderung von Öl verhindern, auf das die US-Konzerne selbst keinen Zugriff hatten. Außerdem konnte man sich Saddam erhalten, um in künftigen Situationen ein politisch-militärisches Eingreifen mit passiver Hilfe des Buhmanns organisieren zu können, wie es heute auch versucht wird. (Ein Beispiel, wie dies schon vor dem Amtsantritt von Bush versucht wurde, war die Irak-Krise von Ende 98. Vgl. weiter unten.)

III. ZUR AUßENPOLITIK DER CLINTON-JAHRE

Unmittelbar nach der Verabschiedung der **National Security Strategy of the United States (NSS)** am 23. September 2002,

veröffentlichte die *FT* ein Interview, das Richard Wolffe und James Harding mit US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice geführt hatten. Darin wurden die wesentlichen Punkte der „Sicherheitsstrategie“ noch einmal dargelegt. Rice trifft hier zwei Feststellungen, die über das Papier hinausgehen.

Die erste Bemerkung gibt darüber Aufschluss, wie die gegenwärtige Regierung ihre sicherheitspolitische Position im Verhältnis zu der der Vorgängerregierung bewertet. Die Rede ist davon, dass während der Clinton-Jahre, „*der Fokus der Außenpolitik schmerzlich vermisst*“ werden musste. Das ist ein Vorwurf, der während der Clinton-Jahre von der sogenannten rechten Publizistik und der republikanischen Seite wiederholt vorgetragen worden war: Die USA sollten sich mit ihrem militärischen Potential nicht verzetteln, in zu vielen, zu kleinen Auseinandersetzungen, die nur von geringer ökonomisch-strategischer Bedeutung seien. Denn damit verstelle man sich die Möglichkeiten, in dem erforderlichen großen Stil dort einzugreifen, wo dies wirklich lohnend wäre. Diese Überlegung wirft ein Licht auf die Ereignisse des Herbstes 1998. Die UN-Waffeninspektoren provozierten in Abstimmung mit politischen Kreisen in Washington einen Eklat, der den Abzug der Inspektoren und das mehrtägige Bombardement des Irak durch die USA und Großbritannien nach sich zog. Trotz Monica Lewinsky-Affäre und obwohl im Kongress ein Gesetz beschlossen wurde, das die „Befreiung“ des Irak zum Inhalt hatte, ließ sich Clinton, zur Enttäuschung manches Falken, nicht zu weitergehenden militärischen Aktionen gegen den Irak bewegen. Verlauf und Ergebnis dieser Ereignisse verdeutlichen, dass die heute herrschenden politischen Kräfte, die von den Interessen der Öl- und Rüstungsindustrie dominiert werden, zum damaligen Zeitpunkt bereits stark genug waren, um die USA nahe an eine Kriegsbereitschaft heranzuführen, aber noch nicht stark genug, um die Politik des Landes bestimmen zu können. Hierfür war sicher auch der damalige TMT-Boom (Technologie–Medien–Telefonie) mitverantwortlich, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht voll entfaltet war. Dieser Boom war ein gigantisches Feld für Umverteilungskämpfe innerhalb der Kapitalistenklasse, aber auch zwischen Kapitalisten und Teilen der lohnabhängigen kleinen

Anleger an den Börsen der führenden Industrieländer. Bis zum Zerplatzen der Spekulationsblase (des sog. New Economy-Bubble) etwa ab der zweiten Jahreshälfte 2000 war es schwierig, das Interesse weiterer größerer Teile der Kapitalistenklasse und der Lohnabhängigen auf die mühsam durch Kriege zu erkämpfenden Reichtümer des Persischen Golfs zu lenken. Der 11. September 2001 erleichterte dann eine Wende des Fokus der Börsenanleger ganz erheblich.

Die zweite Bemerkung von Rice lautet:

„Für mich sind der Zusammenbruch der Sowjetunion und der 11. September wie das Ende von Büchern. Es gab da einen langen Übergang. Man war darüber beunruhigt, was die nächste Bedrohung sein würde; und manche meinten, vielleicht würde es eine humanitäre Katastrophe geben, oder vielleicht würde es auch ein ethnischer Konflikt sein.“¹

Man konnte also erst nach der relativen Konsolidierung der nach-sowjetischen Ordnung im Herrschaftsbereich der ehemaligen UdSSR und nach der weitgehenden Öffnung der russischen Märkte und der ehemals sowjetischen Länder für das Kapital relativ ungefährdet einen neuen Aufbruch in „Angriff“ nehmen. Jetzt erst konnte man den überwältigend lohnenden Raub praktisch organisieren: Die Eroberung der Öllente im Bereich des persischen Golfs. Gleichzeitig damit konnte man auch die Zerschlagung bzw. privatkapitalistische Übernahme oder Ablösung der OPEC erreichen. Rice spricht, wohl eher ungewollt, die Bedeutung des Zusammenbruchs der Sowjetunion, der Systemfrage, für die Umsetzung imperialistischer Projekte aus. So war es denn auch kein Zufall, dass bei den ersten Gesprächen zwischen dem neu ins Amt eingetretenen amerikanischen Präsidenten Bush jun. und dem britischen Premier Blair im Februar 2001 in Camp David der Irak das dominierende Thema war - der inzwischen zum schwächsten Kettenglied und zur größten Hoffnung der Ölkonzerne der ölhaltigen Golfregion gewordene Staat.²

IV. WARUM KÖNNEN DIE USA JETZT HANDELN?

Nach dem Herbst 2000 hat sich die politische Situation in den USA erheblich gewandelt. Eine politische Gruppierung hat die politische Macht erobert, die den großen Öl- und Rüstungskonzernen verbunden ist: Bush/ Republikanische Partei/ Teile der Demokratischen Partei. Die militärische Überlegenheit der USA hat sich erheblich ausgeweitet und vertieft. Wie das Papier zur Strategischen Sicherheit der Administration von Bush jun. aus sagt, erfreuen sich die USA heute einer militärischen Macht, die keine Parallelen kennt, und sind erklärtermaßen auch bereit, diese Militärmacht präventiv und unilateral (allein, einseitig, ohne UN-Mandat) anzuwenden. Zudem gibt es keine ernsthaften Rivalitäten zwischen den Metropolen; die Hegemonie der USA wird von keiner anderen Macht infrage gestellt, nicht von Europa, nicht mehr von einer Sowjetunion und noch nicht von China. Die Spekulationsblase der sog. New Economy (TMT-Bubble) ist geplatzt. Ihre mediale Konkurrenz hatte den Vertretern der Öl- und Rüstungsindustrien die Interessenvertretung (auch) im Bereich der Propaganda erschwert. Mit Ende dieser Sonderentwicklung wurden die Kräfte um Rüstung und Öl politisch dominant. Die deutliche Wirkung dieser ökonomischen Dominanz war der Wahlerfolg der Mannschaft des Republikaners Bush bei den Präsidentschaftswahlen Ende 2000.

Die Zerschlagung der Sowjetunion ist inzwischen abgeschlossen. Aus US-amerikanischer Sicht ist ein Cordon sanitaire entstanden, eine sicherheitspolitische Pufferzone, durch die die Region des persischen Golfes auch vor der restlichen militärischen Potenz Russlands abgeschirmt wird.

Durch die neue Selbständigkeit ehemaliger Sowjetrepubliken eröffnen sich in der kaspischen Region (v.a. in Kasachstan, Turkmenien und Aserbaidschan) für die westlichen Energiekonzerne Zugriffsmöglichkeiten auf natürliche Ressourcen, die zuvor nicht bestanden hatten. Aus mehreren Gründen sind diese im Vergleich zur Golfregion jedoch nur von begrenztem ökonomischem Wert. Zum einen findet sich die Hauptmenge des auszubeutenden Rohstoffs nicht in dieser Region. Die derzeit für diese angeblich

„heißeste Region“, das Kaspische Meer, prognostizierten Ölreserven bewegen sich zwischen 17 Mrd. Barrel und 34 Mrd. Barrel. Die obere Schätzung entspricht weniger als einem Drittel der Mindestreserve des Irak, die untere Schätzung etwa einem Siebtel. Die Förderkosten (besonders bei Offshore-Förderung) und die Transportkosten sind hoch.

Das aus Sicht der westlichen Ölkonzerne Entscheidende ist jedoch: im Kaspischen Raum ist die zwischenstaatliche Konkurrenz (Russland, China, Japan, westeuropäische Staaten) um die Förderlizenzen nicht zu vertretbaren politischen und militärpolitischen Kosten auszuschalten. Damit entfallen ganz wesentliche Voraussetzungen für die Aneignung von wirklich lohnenden Profitmengen durch die großen amerikanischen Konzerne.

Durch die notwendige Beschäftigung mit Tschetschenien bleibt Russland in seinem Aktionsradius nach Süden hin beschränkt und in der Defensive, und es besteht aus Sicht der USA keine Gefahr, dass Russland als Macht- oder ökonomischer Konkurrent - über Aserbaidschan oder Kasachstan und Turkmenien hinaus - Ansprüche durchzusetzen in der Lage wäre.

Das Öl wird knapper, auch wenn die Welt bezüglich der Angebotsituation zur Zeit noch in einer Zwischenphase lebt. Durch die Offshore-Förderung können in großem zusätzlichem Umfang jetzt Ölquellen ausgebeutet werden, die vor einigen Jahrzehnten mangels technischer Möglichkeiten noch nicht erreichbar waren. Dadurch ist das Ölangebot für einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten verstärkt bzw. stabilisiert worden. Trotz dieser zeitlich begrenzten Sonderentwicklung, ist jetzt aber absehbar, dass die den westlichen Ölkonzernen zugänglichen Ölquellen zunehmend unergiebig werden. **Damit ist die Weiterentwicklung der führenden Konzerne gefährdet!**³ Wo in Zukunft das Öl noch reichlich und billig vorhanden sein wird, ist bisher noch OPEC-Gebiet. Dort wird überwiegend von Staatsfirmen gefördert; westliche privatkapitalistische Firmen sind von der Förderung und damit von der Möglichkeit, sich große Teile der anfallenden Ölrenten aus der Förderung anzueignen, weitgehend aus-

geschlossen. Darüber hinaus könnten die bestimmenden Kräfte der jetzigen OPEC-Gebiete künftig, nach dem absehbaren Schrumpfen der Nicht-OPEC-Förderung in wenigen Jahren, über die dann noch leichter mögliche Steuerung der Fördermenge den Ölpreis monopolistisch bestimmen, was heute nur bedingt möglich ist.

Zum 11. September 2001 sagte Rice, dass diese Ereignisse bedeutend zur Erhellung beigetragen hätten („clarified a lot“). „Terrorismus“ ist immens wichtig für die Mobilisierung und psychologisch-politische Kriegsvorbereitung der Mehrheit der Amerikaner, die ja von den Eroberungszielen der Bush-Regierung objektiv nicht profitieren werden, auch wenn sie das anders wahrnehmen sollten.

V. DAS STRATEGIE-PAPIER DER BUSH-REGIERUNG

Mitte September 2002, brachte die Bush-Administration im Kongress eine Gesetzesvorlage ein, die eine Ermächtigung zum Krieg gegen den Irak (in der ersten Fassung sogar weit darüber hinaus) beinhaltet. Dies geschah symbolträchtig und gezielt im Anschluss an den mit großem Aufwand begangenen Jahrestag des Anschlages auf das World Trade Center in New York und wenige Tage nach der Anti-Irak-Rede Bush's vor der UN-Hauptversammlung.

Fast zeitgleich, am 20. September, wurde dem Kongress ein Papier der Regierung zur amerikanischen „Sicherheitspolitik“ unterbreitet (The National Security Strategy of the United States of America; in der Folge von uns zitiert als: NSS), das mit einer auf den 17. September datierten Einleitung des Präsidenten veröffentlicht wurde.

Auch wenn darin von großen Visionen die Rede ist, sind diese allgemeinen Phrasen jedoch nicht das Besondere. Dies besteht in der offiziellen Einführung des „präventiven“ Erstschlags, des An-

griffskriegs als allgemeines außenpolitisches Konzept der USA. Zwar gehe es den USA überall in der Welt um „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“, und „wir nutzen unsere Stärke nicht, um uns einseitigen Vorteil zu erpressen.“ Aber dennoch: „Es ist an der Zeit, die entscheidende Rolle der amerikanischen militärischen Stärke zu bekräftigen.“ „Wenn nötig, werden wir nicht zögern, **alleine** (Unilateralismus, D.L.) zu handeln, um unser Recht auf Selbstverteidigung wahrzunehmen, indem wir in Form eines **präventiven Erstschlags** gegen ... Terroristen vorgehen.“ (NSS, Abschn. III)

Allgemeine Voraussetzungen der Überlegungen der NSS bilden die eigene militärische Stärke und die relative Schwäche der möglichen Konkurrenten. Während des Kalten Krieges habe das Abschreckungskonzept noch funktioniert. Nach dem Ende der Blockkonfrontation habe man es nun mit asymmetrischen Bedrohungen (asymmetric capabilities) zu tun, die aus dem Terrorismus resultierten und daher greife das Abschreckungskonzept nicht mehr. Jetzt seien präemptive Militärmaßnahmen (Preemptive military action, d.i. Angriffskriege) erforderlich.

Damit verabschieden sich die US-Regierung, ihre politische Mehrheit und ihre ökonomischen Paten vom derzeit gültigen Völkerrecht und der Anbindung an die UNO-Sicherheitsordnung.

Die beiden wichtigsten Momente der neuen Sicherheitsstrategie – der Präventivkrieg und der Unilateralismus ergeben sich unmittelbar aus dem derzeit höchsten Ziel der USA, das Öl des persischen Golfs weitestgehend für das amerikanische Kapital zu erwerben. Dabei möchte die stärkste Macht für ihre Konzerne - Exxon, Chevron/TEXACO, CONOCO u.a. – den Löwenanteil auch dann sichern, wenn sie den Krieg mit einer Militärkoalition führen wird, die aus den militärisch schwächeren Alliierten besteht, bei denen die ökonomischen Konkurrenten zu Hause sind - starken, wie Shell und BP, sowie auch schwachen, wie TotalFinaElf. Dafür ist die Option des alleinigen Vorgehens erforderlich – sonst wären die USA von den Alliierten abhängig und folglich erpressbar.

Für Kenner der amerikanischen Publizistik der letzten Jahre enthält das Papier keinen wirklich neuen Gedanken. Wie alle derartigen Dokumente, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, hat auch das Papier zur Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) der Bush-Administration zwei Funktionen: es dient bis zu einem gewissen Grade der Selbstverständigung im Kreis der Herrschenden und ihrer Anhänger, aber ebenso sehr der Verschleierung sowie der Propaganda. Das strategische Kriegsziel der USA - die Eroberung der Region um den persischen Golf, um das Erdöl in die Hände der Konzerne zu legen - wird hier genauso wenig benannt, wie dies üblicherweise in den maßgeblichen Medien der Fall ist. Kurioserweise ist in dem Papier gerade dort, wo vom Öl unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit gesprochen wird nicht von der eigentlichen Zielregion, sondern nur von anderen Regionen die Rede (westliche Hemisphäre, kaspische Region, Russland).

Der zweiten Funktion dient eine ganze Batterie von hehren Zielen, die in dem Papier genannt werden. Im neuen NSS werden Werte beschworen wie: „Freiheit und Gerechtigkeit“, oder etwa: „Die nichtverhandelbaren Forderungen der Menschenwürde: die Herrschaft des Rechts, Begrenzung der absoluten Macht des Staates, Freiheit der Rede, Religionsfreiheit, gleiches Recht für alle, Achtung gegenüber den Frauen, religiöse und ethnische Toleranz; und Achtung für das Privateigentum“. Es finden sich Äußerungen wie: „Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten muss ... nach Möglichkeiten Ausschau halten, die Freiheit zu verbreiten.“; „...die Entwicklung demokratischer Institutionen“; oder „entfache die Wünsche und Hoffnungen bei jenen, die in Gesellschaften leben, die von denen beherrscht werden, die die Sponsoren des globalen Terrorismus sind.“⁴

Die angeführten Passagen, die „big words“, tragen offenbar den Forderungen des Publizisten William Pfaff nach einer „idealistisch formulierten Außenpolitik“ Rechnung: „Die Amerikaner fühlen sich unwohl bei einer Außenpolitik, die nicht in visionären und idealistischen Formulierungen vorgetragen wird.“ Als Rechtfertigung für den Krieg gegen Irak benötigte Bush „einen erwiesenen ernststen Grund (nicht

Spekulation darüber, was der Irak in Zukunft tun könnte), vernünftige Erfolgsaussichten und die Legitimierung in der amerikanischen öffentlichen Meinung und in der seiner Verbündeten.“⁵

Die „Werte“ bzw. „Menschenrechte“ erscheinen auf den ersten Blick vielleicht weniger wichtig als die „militärisch-politischen“ Fakten und Optionen. Sie liefern jedoch die notwendigen ideologischen Mittel, mit deren Hilfe man, erstens, die Mehrheit der eigenen Bevölkerung für die Kriegspläne gewinnen möchte, zweitens, den eigenen Raubkrieg international zu rechtfertigen trachtet und, drittens, versuchen will, bestimmte soziale oder politische Gruppierungen in der Region des Persischen Golfs zu gewinnen. Bei Kolumnisten, die besonders geschickt mit dem Demokratie- und Menschenrechtsvokabular umgehen, kann mitunter der Eindruck entstehen, als seien die von ihnen vertretenen politischen Ziele nicht mit denen der Bush-Administration kompatibel. Eine Standard-Argumentation des außenpolitischen Vordenkers der *New York Times*, des diesjährigen Pulitzer-Preisträgers Thomas L. Friedman, besteht darin, sich um das Schicksal der arabischen „Straße“ - im Gegensatz zum arabischen Untergrund, den es mit Waffengewalt zu bekämpfen gelte - besorgt zu zeigen. Dass wir es dabei nicht mit einer prinzipiell unterschiedlichen Zielsetzung, verglichen mit der der sog. Falken (Rumsfeld, Cheney etc.) zu tun haben, verdeutlicht er in einem Artikel in der *New York Times* vom 14. November 2002. Er begrüßt darin die jüngste Irak-Resolution der UNO und sagt:

„Ohne den Sicherheitsrat müssten die Amerikaner die Gewalt (gegen den Irak) nackt anwenden - etwas, was sie in einem Selbstverteidigungskrieg (wie in Afghanistan) zu tun bereit sind, jedoch nicht in einem frei gewählten Krieg (Irak)“ (in a war of choice). Das ihn hoffnungsvoll stimmende Ergebnis der amerikanischen Taktik, die UNO nicht auszuklammern, bestehe u.a. darin, dass „die Länder, die am meisten über den amerikanischen Unilateralismus besorgt waren, Frankreich, Russland, China und Syrien - zu dem Schluss gelangen, eine Drohung durch die USA, wenn nicht gar die Anwendung von Gewalt durch die USA, zu legitimieren.“⁶

Um allerdings vom moralischen Expansionismus zur Gelegenheit des „War of Choice“ zu kommen, bedarf es einer ideologischen Erweiterung. Diese wird dadurch hergestellt, dass der „Terrorismus“ mit angeblichen „Massenvernichtungswaffen“ verbunden wird, was sich dann zur Konstruktion des „Schurkenstaates“ oder der „Achse des Bösen“ verdichtet. Damit wird eine sehr gut zu handhabende mediale Chimäre zu schaffen, die den jeweils angestrebten „War of Choice“, sozusagen einen Angriffskrieg à la carte, gegen einen lohnenden Wunschgegner rechtfertigen kann. Zur Umsetzung dieser Strategie gehört dann allerdings unbedingt dazu, dass man sich nicht durch die eigene Terrorismus- und Schurkenstaat-Rhetorik zu sehr auf Neben-Kriegs-Schauplätze einlässt. Entsprechend wird in der NSS fast beiläufig erwähnt, dass nicht jeder Schurkenstaat gleich behandelt werden müsse.

VI. SCHLUSS: NICHT IN 100 JAHREN

Sowohl die Absichtserklärung bei Gelegenheit Krieg führen zu wollen, als auch der erklärte Wille die „Ausweitung von Demokratie“ sowie die Menschenrechte durchzusetzen, sind notwendige Bestandteile der tatsächlichen gegenwärtigen US-Strategie, die vornehmlich auf die Eroberung des Erdöls der Länder am persischen Golf gerichtet ist. Alle wesentlichen Elemente der neuen offiziell deklarierten Sicherheitsstrategie (NSS) lassen sich aus dieser Hauptstoßrichtung – der tatsächlichen Sicherheitsdoktrin – ableiten: So das Verhältnis zu Russland (was auf eine Art containment Russlands hinausläuft, das aus US-Sicht für eine „Mittelmacht“ noch über erhebliche überschüssige Rüstung verfügt), zu den westeuropäischen Mittelmächten (sie sollen mehr rüsten, in Abhängigkeit von den USA ihren militärischen Beitrag leisten und auch Führungsrollen mit übernehmen, um die USA in bestimmten Problemregionen zu entlasten (Balkan, Afghanistan, oder Afrika)). China wird als wichtiger Handelspartner charakterisiert (100 Mrd. US-\$ Warenaustausch pro Jahr zwischen USA und China); und es wird zugleich ermahnt, in Zukunft auf militärischem Gebiet nicht gar so ehrgeizig zu sein, da dies dem Land

nicht förderlich sei. Ganz generell wird gesagt: „Wir achten darauf, dass sich die alten Strukturen einer Konkurrenz zwischen den Großmächten möglichst nicht wiederholen.“ (NSS, Abschnitt VIII)

Auch der folgende Beitrag der *Financial Times* geht von den von der US-Administration verordneten Denkmustern aus. Da heißt es: „‘Freiheitsliebend’ ist ein Ausdruck, den der US-Präsident häufig benutzt, um die Kräfte zu beschreiben, die gegen die Feinde Amerikas aufgestellt sind. Dies liefert den moralischen Kontext für den Krieg. ... Andere aus seiner Administration drücken sich noch deutlicher aus. Sie sagen, es ist das Ziel Amerikas, Demokratie in dem, was sie den Großraum Mittlerer Osten nennen, zu verbreiten und zu verankern. Saddam Hussein loszuwerden und die Region von Al Qaida zu säubern, ist nur Teil Eins der Mission. Sie wollen die Landkarten zerreißen, die autokratischen Systeme stürzen und freiheitliche Demokratie über einen ganzen Teil der Welt verbreiten, der zu lange durch Tyrannei befleckt wurde.“ ...“⁷

Abschließend kommt Stephens zu folgender von spät(post?)kolonialistischer Skepsis geprägter Einschätzung:

„Auf lange Sicht kann sogar eine so einzigartig mächtige Nation wie die USA die politischen Systeme im Zentrum der islamischen Welt nicht umwandeln: nicht in 30 Jahren und wahrscheinlich nicht in 100. Meine gefühlsmäßige Reaktion angesichts solcher moralischer Gewissheit (der Amerikaner, die islamische Welt in ihrem Sinne umformen zu können) ist die, dass sie nobel ist, aber auch töricht. Im Mittleren Osten wird das als die Aggression einer öldurstigen Supermacht gesehen werden, die gegen den Islam Krieg führt. Aber dies ist nicht die Stimmung der Amerikaner ...“ (A.a.O.)

Eine aktuelle Stimme der vorherrschenden Einstellung der amerikanischen Herrschenden ist der frühere Aufsichtsratsvorsitzende des Bergbau- und Chemiekonzerns American Premier sowie Begründer und Vorsitzende der Vereinigung „Business Executives for National Security“, Stanley A. Weiss. Er entwirft unter dem Titel „Eine Zukunft des Mittleren Ostens, die es sich vorzustellen lohnt“ ein Nachkriegsszenario, in dem ein pro-westlicher demokratischer Irak mit Israel und der Türkei eine Achse bildet, Syrien und Iran Verbindungen zu Terroristen abbrechen, die Palästinenser nicht länger mit Geld und Waffen unterstützt werden, eine gemäßigte palästinensische Verwaltung sich herausbildet und Israel die Besetzung von West Bank und Gazastreifen beendet. Dann heißt es wörtlich:

„Ohne die täglichen Fernsehbilder, die zeigen, wie israelische Soldaten Palästinenser töten, und die die Muslime von dem ablenken, was die Vereinten Nationen ‚eine Armut an Möglichkeiten‘ im ganzen Mittleren Osten nennen, wenden sich die frustrierten jungen Volksmassen gegen ihre alternden korrupten Führer. Im Iran, in Saudi-Arabien und anderswo geben die unterdrückenden Regime den öffentlichen Forderungen nach größerer politischer Freiheit und mehr ökonomischen Möglichkeiten nach.“⁸

Bezugnehmend auf die Äußerung des israelischen Verteidigungsministers Mordechai über die türkisch-israelische militärische Partnerschaft: „Wenn wir uns die Hand geben, dann bilden wir einen machtvollen Griff“, schließt Weiss seine Phantasien wie folgt:

„Die 22 Regime der Arabischen Liga fürchten einen noch machtvolleren Griff - eine Hoffnungsachse Irak - Türkei - Israel, die beginnen könnte, den Mittleren Osten aus Tyrannei und Theokratie in Freiheit und Demokratie umzuwandeln. Das ist eine Zukunft, die es sich lohnt vorzustellen und darauf hinzuarbeiten.“ (A. a. O.)

Speziell im Irak wird sich den Herrschenden der Nachkriegsordnung durch den Wegfall des Embargos und durch ein Hochfahren der Ölproduktion ein recht großer ökonomischer Spielraum eröffnen, durch dessen Ausnutzung weite Schichten der Bevölkerung ruhig gestellt werden könnten. Insgesamt hat der Nahe Osten jedoch - anders als dies manche politologischen Äußerungen postulieren – keine Ähnlichkeit mit Westeuropa nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Hier musste die Industrieproduktion aufgebaut werden, um Ausbeutung zu ermöglichen. Um solche Wirtschaftsstrukturen geht es den Aggressoren im Nahen Osten nicht, sondern nur um die Wegnahme der natürlichen Ressourcen. Dagegen werden sich die angestammten Eigentümer früher oder später zur Wehr setzen. Die Skepsis des britischen Journalisten Philip Stephens mit seiner Prognose „nicht in 100 Jahren“ scheint so falsch nicht zu sein.

- 1 - Artikel Richard Wolffe und James Harding; Bericht über ein Interview mit der amerikanischen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, *FT* vom 23/9/2002
- 2 - Vgl. Artikel Richard Wolffe und James Harding (Interview mit der amerikanischen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice), *FT* vom 23/9/2002
- 3 - Vgl. hierzu die Ausführungen des Autors: „Nächste Station Badad – übernächste Riad, Zum Kampf ums Öl im Nahen Osten“, in *Marxistische Blätter* 3-02, besonders S. 73/74; für eine ausführlichere Darstellung der Weltölverhältnisse durch den Autor siehe den ersten Teil des Aufsatzes „Ein unerledigtes Geschäft – Die USA und das Öl der Verweigerer Iran und Irak“, in *Marxistische Blätter*, S.47ff. In diesem Artikel, der im Juli 2001 verfasst wurde und vor dem 11. 9. 2001 in Druck ging, wurde vom Autor eingeschätzt, dass ein US-Krieg gegen den Irak als Nächstes bevorsteht, das „unerledigte Geschäft“
- 4 - Verschlüsselt sind hier nicht nur der Irak und der Iran gemeint, sondern v.a. auch Saudi-Arabien. Die publizistische Umsetzung ist, nachdem „der französische Philosoph“ Murawiec vor wenigen Wochen mit dem Gedanken vorgeprescht war, „das saudische Öl, Geld und die heiligen Stätten ins Visier zu nehmen“, heute tagtäglich bis hinunter in die Provinzpresse zu studieren. Insofern gehen die beiden o.g. Funktionen auch in einander über.
- 5 - William Pfaff, Targeting Iraq II, Bush needs a vision to justify war, *IHT*, 24-25. September 2002
- 6 - Thomas L. Friedman, Confronting Iraq I, The first hopeful moment since Sept. 11, *New York Times*, in *IHT* vom 14. Nov. 2002

- 7 - Philip Stephens, America's noble but foolish designs for the Middle East, Financial Times, 22. November 2002
- 8 - Stanley A. Weiss, A Mideast future worth imagining, in IHT, 7. November 2002.